

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sportbeilage und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,75 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,85 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Hauptzeile des ersten Tages oder deren Raum 15 Pfg., die Hauptzeile des zweiten Tages 10 Pfg., die Hauptzeile des dritten Tages 8 Pfg., die Hauptzeile des vierten Tages 6 Pfg., die Hauptzeile des fünften Tages 5 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbungen unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10.— M. das Fahren, zuzüglich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 50

Donnerstag, den 28. April 1932

34. Jahrg

Sonnabend, den 30. April,

## Kram- und Schweinemarkt

in Kemberg. Der Auktionsbeginn früh 7 Uhr.

Kemberg, den 22. April 1932.

67] Der Magistrat.

Bezugsheine für billigen (vollreifen)

## Süßnerweizen

werden am Freitag, dem 29. April, von 9 Uhr vormittags ab, im Magistratsbüro erteilt.

Kemberg, den 26. April 1932.

69] Der Magistrat.

## Reinhaltung der Rinnsteine.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Spül- und Waschlöffel, Saucen aus Düngruben, Ställen und Aborten, sowie das Blut geschlachteter Tiere nicht in die Straßenrinnen eingeführt werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Kemberg, den 25. April 1932.

70] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Auf Grund der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 25. Mai 1928 über die

## Bekämpfung der Stechmücken

werden Grundbesitzer, Eigentümer und Pächter hiermit aufgefordert, die in einer Entfernung von 500 m von befestigten Gebäuden befindlichen stehenden Tümpel und Wasseransammlungen jeder Art, wenn die Beseitigung nicht möglich ist, mit einem zur Verfügung von Stechmücken geeigneten Mittel (Petroleum, Schafanaprol, Salicilol oder Fitt) in den Monaten April bis September mindestens monatlich einmal zu übersehen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Kemberg, den 25. April 1932.

71] Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

## Das Ergebnis in Preußen

Die Einteilung der Mandate zum Preussischen Landtag.

Berlin, 26. April.

Nach den Feststellungen des preussischen Landeswahlleiters sind 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung betrug 81 Prozent. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im neuen Landtag beträgt 422. Von diesen sind in den Wahlkreisen direkt gewählt 350; durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden: 31. Die Zahl der nach der Landeswahlliste gewählten Abgeordneten beträgt 41.

Am einzelnen ergibt sich folgende Uebersicht über die Zahl und Wahlart der Mandate:

1. Sozialdemokraten: direkt gewählt 82, in Wahlkreisverbänden 6, Landesliste 5, zusammen 93; 2. Deutschnationalen: 19, 4, 8 = 31; 3. Zentrum: 55, 7, 5 = 67; 4. Kommunisten: 45, 7, 5 = 57; 5. Deutsche Volkspartei: 0, 4, 3 = 7; 6. Deutsche Staatspartei: 0, 1, 1 = 2; 7. Nationalsozialisten: 149, 0, 13 = 162; 8. Deutsch-Hannoversche Partei: 0, 1, 0 = 1; 9. Christlich-Sozialer Volksdienst: 0, 1, 1 = 2.

Alle übrigen Parteien — darunter die Wirtschaftspartei und das Landvolk — haben mehr in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

## Der Beschluß des Preussentabinetts

Landtagseinberufung zum 24. Mai. — Erst dann Rücktritt des Kabinetts Braun.

Nach dem Beschluß des preussischen Kabinetts ist die Entscheidung darüber, was in Preußen werden soll, doch früher zu erwarten, als man ursprünglich annehmen konnte. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt hierüber folgendes mit:

Das preussische Staatsministerium hat auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschloffen, den neuen Landtag zum 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung, verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Die Gründe für die Entschloffen der preussischen Staatsregierung werden amtlich wie folgt auseinandergesetzt:

„Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist abgesehen davon, daß die Legislaturperiode

des alten Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Aufzögerung des jetzigen Landtages könnte den Termin nicht verfrühen, denn

der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein Beschlusses des Landeswahlgesetzes entsprechenden amtlichen Wahlergebnis zusammen mit den Inanspruchnahmen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Gemäß Paragraphen 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgemakelt werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zum Abgeordneten vorgeschlagen werden, denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Ausberücksichtigung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten.

Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch mittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

## Schwierige Regierungsbildung

„Die NSDAP. ist bereit“

In der Definitivität wird natürlich die Frage der Regierungsbildung in Preußen ausgiebig erörtert. Eine wirkliche Regierungsmöglichkeit wäre nur für eine Reichsregierung einschließlich des Zentrums vorhanden. Ob eine derartige Koalition vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten zustande kommen wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Nach parlamentarischem Brauch hat die größte Fraktion das Recht auf die Initiative, wenn sie sich eine Mehrheit schaffen kann. Die Initiative liegt also zunächst bei den Nationalsozialisten. Die Haltung der NSDAP. wird durch folgende Erklärung ihres Fraktionsführers im Landtag, des Abgeordneten Rube, präzipiert:

„Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, ein sozialistisches Geschickswort erfüllt, und so kräftigem Geiste veredelt Preußen will. Wir meinen niemanden zu ändern, zu ändern, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen. Wir beantragen für uns auf Grund des Art. 2 der preussischen Verfassung, wonach Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des Volkes ist, die Führung der Regierung, von der bisherigen Regierung zu verlangen wir, doch sie sich dem Urteil des Volkes beugt und sofort ihren Platz räumt.“

Adolf Hitler selbst hat anlässlich der Wahlen eine Dankkundgebung an seine Parteimitglieder erlassen, in der es heißt: „Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf für die Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wieder aufzunehmen und weiterzuführen.“

## Was macht das Zentrum?

Ueber die Haltung des Zentrums, das die Schlüsselstellung bei der Regierungsbildung hat, liegen mehrere parteioffizielle Erklärungen vor. So erklärt der Generalsekretär der Zentrumspartei, Abgeordneter Dr. Bodtel: „Der grundsätzliche Standpunkt des Zentrums ist bekannt: Es ist bemüht, die vorkonstituierende Ordnung zu schaffen. Es wird bei den anderen Parteien liegen, zu überlegen, was sie tun wollen, ob sie weiter agitieren oder sich in eine Front der lachenden Arbeit einordnen wollen.“ Und in einer Erklärung des Vorstandes der preussischen Zentrumspartei wird von der Zentrumspartei gesagt:

„Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen entschlossen sind. Sie tritt in voller Uebereinstimmung mit der Reichspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volk innere und äußere Freiheit, Zufriedenheit und Heiligung schafft und sichert. Die Zentrumsfraktion wird sich auch für die Bekämpfung aller Verbrechen widernatürlicher Art und Verwahrlosung einer einheitlichen Parteielite auswirken wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefördert werden.“

## Reichsregierung und Länderwahlen

In Kreisen der Reichsregierung hält man sich mit dem Urteil über das Wahlergebnis in Preußen und in den übrigen Ländern, in denen die Landtage neu gewählt wurden, naturgemäß zurück. Es wird, so erklärt man, Sache der neuen Fraktionen selbst sein, ob sie geschlossene Mehrheiten für die Länderregierungen zustande bringen werden oder nicht. Soweit die bisherigen Koalitionen in Frage kommen — also unter Ausschluß der Nationalsozialisten und der NSDAP. — wären allerdings Mehrheitsbildungen irgendwelcher Art weder in Preußen noch in Bayern noch in Württemberg zu erkennen. Die Verhältnisse liegen dort heute so wie nach den letzten Landeswahlen in Hessen. In unterrichteten Kreisen verzeichnet man jedoch die Tatsache, daß die Verhältnisse in den genannten großen Ländern nunmehr ziemlich übereinstimmend sind, und daß es Sache der

genannten nationalen Opposition ist, sich nunmehr positiv auf die Möglichkeit von Koalitionen mit dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei einzustellen, da nur solche Koalitionen, wenn überhaupt, auf längere Zeit tragfähige Mehrheiten überdauern könnten. Im anderen Falle würde der Zustand eintreten, daß in keinem größeren Lande eine verfassungsmäßige vorgegebene Mehrheitsregierung zustande käme, die Länderparlamente sich selbst auszuscheiden und auch der Reichstag auf absehbare Zeit keine parlamentarische Regierungsmehrheit zustande bringen würde. Neuwahlen im Reich würden in diesem Augenblick, an dem nunmehrigen Stand der Länderparlamente gemessen, wahrscheinlich keine anderen Verhältnisse schaffen.

## Reichstag am 9. Mai

Kurze Tagung vor Pfingsten.

Berlin, 27. April.

Der Vorkonstituente des Reichstages hat im Einverständnis mit der Reichsregierung beschloffen, den Reichstag zum 9. Mai einzuberufen. Die Tagung wird nur von kurzer Dauer sein und wahrscheinlich nur drei Tage umfassen. Die Reichsregierung ist bereit, dem Reichstag den Etat zu diesem Zeitpunkt zuzuleiten, obwohl er dann noch nicht vom Reichstag beraten worden ist. In der kurzen Mittagspause soll auch eine neue Kreditvermehrung erledigt werden, die durch die Verlängerung des Überbrückungskredits von 1930 erforderlich wird.

## Die Beratungen im Reichstag

Berlin, 27. April.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung am 9. Mai steht die Beratung des von der Regierung vorgelegten Schuldentilgungsgesetzes, durch das die Kreuzer-Anleihe verlängert werden soll. In Verbindung damit wird eine politische Aussprache stattfinden, die auch als erste Sitzung des Reichshausparlamentes für 1932 anzusehen ist. Als Grundlage dafür wird der bis dahin fertiggestellte und dem Reichstag zugeleitete Haushaltsentwurf dienen, obwohl der Reichsrat diesen Entwurf bis dahin noch nicht verabschiedet haben dürfte. Ferner sollen in der Aussprache die Anträge der Parteien mitberaten werden. Die Nationalsozialisten bereiten unter Hinweis auf den Ausfall der Länderwahlen einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Reichstages vor. Die Kommunisten werden eine Interpellation einbringen, die sich mit dem Fall Kreuzer beschäftigt. In der Reichstagsitzung, die zunächst nur vier Tage dauern wird, wird auch ein Gesetz über die Abfindung auscheidender weiblicher Beamter beraten werden. Nach der am 12. Mai eintretenden Pfingstpause wird der Reichstag voraussichtlich erst in der letzten Mai- oder ersten Juniwoche wieder zusammentreten.

## Der Reichspräsident empfängt Groener

Berlin, 27. April.

Ueber den zweiseitigen Besuch des Reichsinnenministers Groener beim Reichspräsidenten wurde lediglich eine kurze Mitteilung ausgegeben.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß Reichsminister Groener sich gegenüber den Wünschen des Reichspräsidenten, daß alle Sonderorganisationen der Parteien mit mißbräuchlichem Charakter gleichmäßig behandelt werden müssen, nachgiebig gezeigt hat. Eine entsprechende Entschloffen des Reichspräsidenten wird allerdings erst erfolgen, wenn der Reichszinsler selbst wieder nach Berlin zurückgekehrt ist.

## Vor einer Arbeitszeit-Verkürzung

Vorbereitung einer neuen Notverordnung.

Berlin, 27. April.

Wie verlautet, wird im Reichsarbeitsministerium der Entwurf einer Notverordnung ausgearbeitet, durch die die 40-Stunden-Woche für bestimmte Gewerbegebiete eingeführt wird. Der Entwurf soll bereits am 28. einer Besprechung in den Völkerverwaltungsinstituten unterzogen werden.

Die Verordnung gefüllt in zwei Gruppen, von denen die erste die Gewerbegebiete umfaßt, bei denen in Zukunft die Mehrarbeit über 48 Stunden wünschenswert, soweit sie tariflich zulässig ist, noch von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörden abhängig gemacht werden soll.

Die Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn den Arbeitgebern andere Maßnahmen, insbesondere die Neueinstellung von Arbeitnehmern, nicht zugunsten werden können.

Die zweite Gruppe umfaßt die Gewerbegebiete, bei denen die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt wird. Unter die erste Gruppe fallen: Bergbau, Erdmetalle, unter Bergbau verbundene Werke, Industrie der Steine und Erden, Herstellung von Eisen, Stahl und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeug-Industrie, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik, chemische Industrie, Textilindustrie, Papierindustrie und Vertriebsmittel-gewerbe, Leder- und Einleum-Industrie, Kaufkraft und Spielwaren-Industrie, Nahrungs- und Genussmittel-industrie, Bekleidungs-gewerbe, Baumgewerbe und Baumeister-gewerbe, aus dem Handelsgewerbe Großhandel, Ein- und Ausfuhrhandel, Banken, Privatversicherungswesen. Unter die

zweite Gruppe fallen: Bergbau, Salinenmelien, Steine und Erden, Chemie, Papierindustrie und Holzverarbeitung, Mälzereien und Brauereien, Bauunternehmungen und Bauhandwerk.

## Hindenburgs zweite Amtsperiode

Keine neue Vereinbarung.

Wie bekannt, soll die zweite Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg in einer feierlichen Weise eingeleitet werden. Die Reichsregierung wird einen Flaggenzug anordnen, und die Länderregierungen werden das gleiche tun. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß ein Gottesdienst im Dom stattfinden wird, an dem der Reichspräsident von Hindenburg teilnehmen wird. Die Reichswehr wird ihrem Oberbefehlshaber aus Anlaß seiner zweiten Amtsperiode militärische Ehren erteilen, außerdem dürfte ein Empfang der Reichsregierung und des Reichstagspräsidenten stattfinden.

Die Frage der Eidesleistung wird dadurch gelöst sein, daß der Reichspräsident von Hindenburg als Staatsoberhaupt selbst der Auffassung ist, daß aus ethischen und religiösen Gründen ihn der einmal geleistete Eid für immer bindet. Der Reichspräsident hat in seiner Rundgebung aus Anlaß der Wahl auf den von ihm geleisteten Eid bereits hingewiesen. Auch wenn der Artikel 42 der Weimarer Verfassung, der die Eidesfrage regelt, der amerikanischen Verfassung nachgebildet worden ist, so braucht man sich keinesfalls für kläglich an dieses Vorbild zu halten. An den Vereinigten Staaten ist es allerdings die Regel, daß der wiedergewählte Präsident aufs neue den Eid leistet.

## Amerika drängt auf Entscheidung

Stimson will zwischen Deutschland und Frankreich vermitteln.

Genf, 27. April.

Ueber die erste gemeinsame Zusammenkunft zwischen Macdonald, Stimson und Brining in der Villa des amerikanischen Staatssekretärs in der englischen Seite eine halbamtliche Mitteilung verbreitet worden, derzufolge die Abrüstungsfrage behandelt worden und der Inhalt der Unterredung dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu und dem italienischen Außenminister Grandi übermittelt worden ist.

Ueber den Inhalt der streng geheimgehaltenen Unterredung wird in englischen und amerikanischen Kreisen folgende Mitteilung gemacht:

In der Unterredung hat Stimson mit großem Nachdruck hervorgehoben, daß die Abrüstungskonferenz zu einem erfolgreichen Ausgang nur dann gelangen könnte, wenn die deutsche und französische Regierung zu einer Uebereinstimmung in den grundsätzlichen Abrüstungsfragen gelangen. Den gleichen Standpunkt hat der englische Ministerpräsident Macdonald eingenommen. Es müssen jetzt praktische Methoden gefunden werden und praktische Verhandlungsgrundlagen, um so schnell wie möglich zu wirklichen Ergebnissen zu gelangen. In der Unterredung soll Stimson weitgehende Mitwirkung und Hilfe zur Überwindung der Gegensätze angeregt und sich für die Vermittlung zur Verfügung gestellt haben.

Die Vereinigten Staaten legen zwar an der Lösung der rein europäischen Abrüstungsfrage nicht interessiert, jedoch lei die Ueberwindung der europäischen Gegensätze in der Abrüstungsfrage von entscheidender Bedeutung für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise.

Aus diesem Grunde seien die Vereinigten Staaten bereit, mit allen Kräften an der Lösung des europäischen Abrüstungsproblems mitzuwirken.

## Am Deutschlands Gleichberechtigung

Der Konferenz der drei Staatsmänner wird man allgemein große Bedeutung bei. Nach übereinstimmender Beurteilung ist die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage in den Vordergrund gerückt. Nach amerikanischer Auffassung ist der deutsche Standpunkt in der Abrüstungsfrage logisch begründet und klar. Man nimmt in ausländischen Kreisen an, daß in den jetzt einleitenden großen Besprechungen über die Frage der Gleichberechtigung der deutsche Standpunkt in der Richtung vertreten werden wird, daß die Frage der Gleichberechtigung eine grundsätzliche Frage des Rechtes und der Gerechtigkeit sei, den internationalen Verpflichtungen des Völkerbundes und des Versailles Vertrages entspreche und daß die deutsche

Frage der Gleichberechtigung sich gleichzeitig auf die Land-, See- und Luftkräften ausdehne. Hierdurch wird zwar vollständig — entgegen den bisherigen Behauptungen — auch die Frage der Flottenrüstungen in die Verhandlungen mit einbezogen.

## Lardieu soll nach Genf kommen

Fernmündliche Unterhaltung zwischen Stimson und Lardieu.

Genf, 27. April.

Wie aus französischen Kreisen bekannt wird, hat sich Stimson am Montagabend fernmündlich mit Lardieu in Verbindung gesetzt und ihn dringend ersucht, unverzüglich nach Genf zu kommen, um in einer gemeinsamen Besprechung mit Brining und Macdonald die Abrüstungsfrage zu behandeln. Lardieu hat in dieser fernmündlichen Unterredung erklärt, er werde wiederum, am Dienstag früh in Genf eintrifft. In den Nachstunden ist jedoch die amerikanische Abordnung fernmündlich von Paris aus unterrichtet worden, daß Lardieu wegen des Wahlscheiterns nicht nach Genf kommen könne, er wolle jedoch entweder am Donnerstag oder Freitag früh wieder in Genf antommen.

Die Besprechungen zwischen Macdonald, Stimson und Brining, die ursprünglich als eine gemeinsame Unterredung der Großmächte einschließlich Frankreichs gedacht waren, fanden trotz der Abwesenheit Lardiens Dienstag vormittag in der Villa Stimons statt. Nach Mitteilungen von französischer Seite wird auf amerikanischer Seite jetzt verurteilt, einen

Ausgleich zwischen den großen politischen Gegensätzen der deutschen und französischen Abrüstungspolitik herbeizuführen.

Aus den Mitteilungen von englischer Seite geht hervor, daß auch der italienische Außenminister Grandi erludt worden ist, an den weiteren gemeinsamen Besprechungen teilzunehmen. Man schließt daraus, daß jetzt auch die Triebkräfte gemeinsam in den Unterredungen der fünf Staatsmänner behandelt werden soll. In welcher Form die am Dienstag begonnene Besprechungen der leitenden Staatsmänner der Großmächte weitergeführt werden sollen, steht noch nicht fest. Es erscheint unter diesen Umständen fraglich, ob die ursprünglich vorgesehene Arbeit des Reichsanlagers am Mittwochabend tatsächlich stattfinden wird. Wahrscheinlich wird Dr. Brining ebenso wie Macdonald mindestens bis zum Wochenende in Genf bleiben.

## Was sind schwere Angriffswaffen?

Der Versailles Vertrag legt es schon.

Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat den Vorschlag des Präsidiums angenommen, nach dem die drei technischen Ausschüsse für die Land-, See- und Luftkräfte die Begriffsbestimmung von Angriffswaffen behandeln sollen. Die drei Ausschüsse werden nach der dem Hauptauschuss angenommenen englischen Entschlüsselung entscheiden müssen, welche Waffengattungen ausgesprochenen Angriffscharakter tragen, für die Zivilbevölkerung in besonderem Maße bedrohlich sind und eine besondere Gefährdung der Landesverteidigung bedeuten. Die noch offenen großen Streitfragen, vor allen Dingen die Gleichberechtigung, soll jetzt möglichst in diplomatischen Verhandlungen geklärt werden.

In den jetzt einleitenden Ausdehnungsverhandlungen der Abrüstungskonferenz über die großen Angriffswaffen wird auf deutscher Seite der Standpunkt vertreten, daß für die Begriffsbestimmung die Waffenebene des Versailles Vertrages maßgebend sein müssen.

Die hervorragenden Schwerkriegswaffen der Alliierten selbst haben auf der Versailles Konferenz die Tanks, schwere Geschütze, die Flugzeuge, Unterseeboote, Großkampfschiffe sowie die Gale und batteriegelagerten Kriegsmittel schon als Angriffswaffen gekennzeichnet, indem sie diese den Entnahmungsbestimmungen des Versailles Vertrages zugrunde legten.

## Anschlag auf Danzigs Wirtschaft

Polen verlangt Kontrolle aller Danziger Industrie- und Handelsbetriebe. — Kampf gegen die Danziger Kontingente.

Danzig, 27. April.

Bekanntlich verurteilt die polnische Regierung, die der freien Stadt Danzig auf Grund des Warschauer Abkommens zuteilenden Kontingente zu beilegen. Die polnische Regierung fühlt sich durch die Entscheldung des Danziger

Völkerbunds-Kommissars in der Frage des Veredelungsverkehrs benachteiligt und will nunmehr auf dem Wege über die Kontingentsfrage die Ausmirtungen der Entscheldung des Danziger Völkerbunds-Kommissars umgehen.

Die polnische Regierung verlangt von den in Danzig ansässigen Firmen, die Waren nach Polen liefern, eine Erklärung, daß sie weder direkt noch indirekt von den Danziger Kontingenten Gebrauch machen und daß sie sich mit einer händigen Kontrolle ihrer Fabriken, Läger und Säden durch polnische Zollinspektoren einverstanden erklären. Die Danziger Wirtschaft würde damit unter die vollkommene Kontrolle der polnischen Regierung gestellt werden.

Um den Wirtschaftsfrieden zwischen Danzig und Polen, soweit man überhaupt noch davon sprechen kann, aufrechtzuerhalten, hat die Danziger Regierung sich zu 3 u g e t i d n i t t e n bereit erklärt, die bis an die Grenze des Möglichen gehen. Insbesondere hat sie zugesagt, daß in den Danziger Betrieben vorübergehend in weitestgehendem Maße Kontrollen durch polnische Beauftragte im Besitze von Danziger Beamten stattfinden dürfen. Dadurch wird der Zweck, die polnische Regierung davon zu überzeugen.

daß die Danziger Firmen in ihrem ganzen Geschäftsbereich sich innerhalb der zwischen Danzig und Polen abgeschlossenen Verträge halten, dadurch erfüllt.

Die weitestgehenden Forderungen Polens lausfen darauf hinaus, die Selbständigkeit, die Danzig auf wirtschaftlichem Gebiet besitzt und die es im Interesse seiner eigenen Wirtschaft unter allen Umständen aufrecht erhalten muß, zu beilegen. Danzig kann sich nicht Bedingungen stellen lassen, die die Existenz von unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Staatsgebieten.

## Litauens Erkennnisse

Aus einer Rede des Ministerpräsidenten Tubelis.

In seiner Eigenschaft als Parteivorsteher hat der litauische Ministerpräsident Tubelis ein Referat gehalten, das neben einem rückblickenden Bericht über die Tätigkeit seines Kabinetts aus der Voraussetzung auf die Aussichten der nächsten Zukunft galt, und er hat sich dabei besonders mit den nächsten Nachbarn Litauens eingehend beschäftigt. Der Ministerpräsident hat bei dieser Gelegenheit Erkenntnisse ausgesprochen, denen man eine befechtigte, weitreichende und dauerhafte Umlegung in die Praxis nur bringend wünschen muß.

Als wichtigsten Nachbarstaat Litauens sieht der Ministerpräsident Deutschland an, das der zugleich auch im Vergleich zu Polen und Estland aus den besten und günstigsten Nachbarn bezeichne, und die praktische Folgerung daraus ist für ihn die Notwendigkeit, Deutschland gegenüber jedes Verständnis und allen erforderlichen Takt anzuwenden.

Der litauische Ministerpräsident braucht nur dafür zu sorgen, daß diese Empfehlung dort beherzigt wird, wo sich die litauischen und deutschen Interessen am engsten berühren, nämlich im Memelgebiet, er braucht nur darauf zu bringen, daß die militärischen und zivilen Beauftragten seiner Regierung in Memel nach solchen Standorten Erkenntnissen verfahren, und er wird die Freude haben, schließlichen zu können, daß er bei Deutschland ebenfalls auf volles Verständnis und auf jede Bereitschaft zu einer befriedigenden und wachsenden Zusammenarbeit früher wird. Zur Zeit allerdings widersprechen die Handlungen und die Pläne der litauischen Organe im Memelland so ziemlich reiflos der Auffassung, die ihr verantwortlicher oberster Chef von den Notwendigkeiten der litauischen Politik gegenüber Deutschland bekundet hat.

## Anfrage in Berlin

Deutschlands Einverständnis mit dem 16. Juni.

Berlin, 27. April.

Der englische Botschafter hat der Reichsregierung eine Note überreicht, in der die englische Regierung anfragt, ob Deutschland mit dem Beginn der Cauxaner Konferenz am 16. Juni einverstanden sei. Eine gleichlautende Note ist in Paris, Rom, Tokio und Brüssel überreicht worden. Die verlaute, wird sich die Reichsregierung sowohl mit dem Zeitpunkt als auch mit dem Ort der Konferenz einverstanden erklären.

## Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

rein, von allem Staub gereinigt, aus voller Lunge sog er sie in sich ein.

Selbst auf solchen nassem Ausflügen begleitete ihn die Stubentim mandmal. Im übrigen hatte sie auf einen Better Rückstiff zurechnen, mit seiner Mutter inzwischen eingetroffen war, was ihr gar nicht beagte.

Sonndruck fuhr in eine andere Gegend. Allmählich schienen seine Nerven wieder ein wenig zur Ruhe zu kommen. Er hatte sich genau ausgedacht, wie er handeln wollte, wenn er wieder nach Hause kam. Er fand sogar den Mut, sich einzugelehen, daß er sich der Gräfin gegenüber doch schon innerlich zu tief engagiert hatte, um nicht mehr ganz unbefangenen urteilen zu können.

Mit dieser Erkenntnis gewann er aber auch seine innere Sicherheit wieder. Die Spannung, in der er sich bisher befunden hatte, löste sich. Er konnte wieder klar und ruhig denken und machte nicht mehr von einem Wenn und Aber sein inneres Gleichgewicht abhängig.

Ein halbes Jahr war verstrichen. Der Winter brach kalte und kühlend herein. Christa Colin war in ihrer Filmbildung derartig vorgegriffen, daß Löwenberg bereits ernsthaft vorichtig, ein Engagement bei einer Gesellschaft zu machen.

„Fangen Sie ruhig bei einem kleineren Unternehmen an“, sagte er, „man wird Sie schon bald entdecken, dann wird die große Laufbahn für Sie beginnen!“

Dies sprach er zu überzeugt und mit solcher Bestimmtheit aus, daß sie aufhorchte. Er ließ sein rolliges Lachen hören: „Ja, ja, Sie wundern sich! Aber ich glaube bestimmt, daß Sie einer besonderen Ausbildung weicherhin nicht mehr bedürfen noch allem, was ich bei Neumann gehen und gehören habe.“

Können Sie mir eine Gesellschaft empfehlen, an die ich mich wenden könnte?“ fragte sie ihn.

„Do möchte ich Ihnen raten, an verschiedene Gesellschaften Bemerkungsschreiben zu richten. Neumann wird sich Ihnen schon nahhaft machen. Ich habe mit ihm gesprochen.“ (Fortsetzung folgt.)

## Hand nach Menschen

ROMAN VON HANS HEIDSIECK

UNTERSUCHUNGSSCHITZ | ROMAN VERLAG HERMANN BERTHOLD BERLIN S.O. 20

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Im Telefonbuch fand sie den Namen Honsbrud dreimal bezeichnet:

„Emil Honsbrud, Jambeter, Gartenstraße 13 p.“  
„Burkard Honsbrud, Tischlermeister, Palanenstraße 110.“  
„Dr. Konrad Honsbrud, Privatgelehrter, Wilhelmminenstraße 56.“

Nach ihrer Berechnung konnte nur der letzte in Frage kommen. Also adressierte sie an ihn.

Nach zu gleicher Stunde brauchte sie den Brief in den Kasten.

Honsbrud trat, impulsiv, wie er manchmal zu handeln pflegte, von seinem Sommerwohnort aus eine Autoteile nach Oberhagen an. Die Auseinandersetzung mit Ischnow hatte ihn so erregt, daß er sich erst wieder fassen mußte. Bei solchen Gelegenheiten pflegte er sich zunächst durch eine Reihe zu zerstreuen. Er war ja in der glücklichen Lage, sich das leisten zu können.

Soll wurde ihm nicht nachgeschickt.

Er fuhr leiser und ließ den Chauffeur zu Hause. Brauchte er ihn, so konnte er ihn immer noch kommen lassen.

Das Selbstkennern machte ihm Freude. Er fuhr nicht besonders schnell, da es ihm darauf ankam, etwas zu sehen. Die Natur war ihm alles.

Zwei Tage lang hielt er sich in München auf, wo er einige Mäusen und die alte Binatofel besichtigte. Er gönnte sich kaum eine Minute Raft. Es galt, störende Gedanken zu beilegen.

Doktor Konrad Honsbrud, der Lebensphilosoph, war aus aller Ruhe geritten. Im vorderen östlich sein Gleichgewicht. Wenn nun doch etwas dahinterlag, wenn nun doch etwas Wahres daran war?

Diese Frage qualte ihn Tag und Nacht. Es gelang ihm nicht, sie zurückzubringen.



Wansleben. Auf der Braunkohlengrube am Eghorfer Wege stürzte ein junger Bergarbeiter 40 Meter tief ab. Er wurde so schwer verletzt, daß er verstarb.

**Winke für den Rübenbau.**

Der Zuckerrübenbau wird avansgläubig durch die Konfignierung der Rübenanbaufläche ausgedehnt, dagegen dürfte ein verfränkter Anbau der Futterrübe, der besseren Viehernährung und günstigen Fruchtfolge wegen stärker betont werden. Ein Durchhalten im Viehstall ist nur möglich, wenn in der eigenen Wirtschaft viel und gutes Wirtschaftsmittel gewonnen wird, wozu an erster Stelle die Futterrübe zählt. Die Zucker- und Futterrübe erzeugt die größte Menge Nährwerte und verlangt infolgedessen auch die größte Menge Nährstoffe, Stickstoff, Kali und Phosphorsäure müssen in ausreichender Menge und leicht löslicher Form zur Verfügung stehen. Der Stallmist allein tut es nicht, das weis heute jeder Landwirt. An Stickstoff ist es üblich, 10 ha den Zuckerrüben 80 bis 100 kg, den Futterrüben 60 bis 90 kg reinen Stickstoff zu geben. Im zeitigen Frühjahr oder spätestens bei Herrichtung des Feldes ist die Hälfte der Stickstoffgabe als Kaliammon-

salpater oder Seesalzpeter zweckmäßig zu streuen. Die andere Hälfte der Stickstoffgabe verwendet man als Kopfdünger in zwei Teilgaben jeweils vor dem Hacken in Form von salpeterhaltigen Düngemitteln wie Kalisalpeter beim Nationalpeter oder auch Seesalpeter. Die ausstrickende Menge der Gesamtstickstoffgabe ist von der Stallmistgabe und dem Bodenstande sowie der vorbestehenden Düngung abhängig. Die Befruchtung des Rübenamens ist aber ebenfalls notwendig. Nach langem Streit um die Zweckmäßigkeit der Rübenamendierung hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß das Beizen der Zuckerrübenamer unter allen Umständen zweckmäßig ist. Diese Beize dient der Verhütung von Wurmlaurekrankheiten, in erster Linie des Wurmsbraunes. Schwierigkeiten in der Fegung befinden in der Hauptsache darin, daß die Rückrottung des Saatgutes schwer durchzuführen ist. Gilt durch die neue spezifisch wirksame Frottenbeize Cereant ist die Rübenbeize einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen, und es ist heute jedem Landwirt zu empfehlen, das Präparat Cereant in einer Zufuhrmenge von 300 bis 400 Gramm pro Str. anzuwenden. Beides auch die Wurmlaurekrankheit und die Stickstoffmangel sollte nicht angeordnet werden.

**Leipziger Schlachtviehmarkt vom 25. April.**

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

Klasse	heute		vorher	
	1	2	1	2
Ochsen	1	—	33—36	—
	2	—	28—32	—
	3	—	—	—
	4	—	—	—
	5	—	—	—
Bullen	1	27—30	30—32	—
	2	23—25	25—27	—
	3	18—22	22—24	—
	4	20—21	18—21	—
	5	26—27	28—30	—
Kühe	1	23—25	25—27	—
	2	18—22	22—24	—
	3	18—22	22—24	—
	4	—	50—21	—
	5	—	—	—
Färsen	1	—	33—36	—
	2	—	30—32	—
Kälber	1	40—43	40—44	—
	2	36—39	36—39	—
	3	30—33	30—35	—
	4	25—29	25—29	—
	5	—	—	—
Schafe	1	—	—	—
	2	—	40—42	—
	3	—	35—38	—
	4	—	30—34	—
	5	—	—	—
Schweine	1	36—37	39	—
	2	35—36	35—39	—
	3	34—35	37—38	—
	4	32—33	36—37	—
	5	30—31	34—35	—
—	6	—	—	—
	7	—	35—38	—

**Zum Jahrmarkt empfehle prima frisches**

**Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch**

**II. Fleischsalat, frische Sülze**

**frische Bratwurst, Kasseler Rippespeer**

**div. Aulsehnitt, Kaiserjagdwurst**

**Mortadella**

**Wiener Würstchen, Bockwurst, Breslauer**

**Heinrich Schneider.**

**Eckendorfer Rübenferne**  
gelbe und rote

1. Abfaat von Original, billig
2. Serabella
3. Lobberdiger Möhrensaft
4. Weizerübensaft
5. Sommerwidien
6. Senffaft
7. Sommerrüben
8. Niefenpörgel
9. halblanger Spörgel
10. Buchweizen
11. Pelusichten
12. Lupinen
13. Wiefengras-Mischung
14. Gemüße- und Blumen-Sämereien

frisch eingetroffen bei

**J. G. Glaubig.**  
Freiw. Feuerwehr  
Donnerstag, den 27. April, abds. 1/2 7 Uhr

**Übung**  
Der Oberbrandmeister

**Sammeln Sie MAGGI gutschöne es lohnt sich!**

**Hotel „Blauer Hecht“**  
Sonabend, den 30. April, nachmittags von 4 Uhr an

**großer Jahrmarktsball**

Vorzügliche Speisen und Getränke  
Räderaufbewahrung

Es ladet freundlichst ein **Paul Günther**

**Volkswohl-Lotterie**

für soziale und kulturelle Zwecke  
Los 1 RM — Doppellos 2 RM  
Loose erhältlich bei

**Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung**  
Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

**Notverkauf!**  
Ia. Anzugstoff blau Wollkamm, m. 6.90, 8.80  
Pfeffer u. Salz grau, m. 7.80, 10.80  
**Erga Gera 167**

**Saatkartoffeln**  
**Barnackia (weiß)**  
**Hidingen (rot)**  
Zentner 3.— Am.

gibt ab **Friedrich Jaenide, Bergwisch**

**Wachsamem Schäferhund**  
verkauft **Oberlandjäger Müller, Bergwisch**  
Ein guterhaltener

**Kinderwagen**  
(Klappsportwagen) zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftshalle d. Bl.

**Küchenfanten**  
empfehl **Richard Arnold**

**VEREIN D'UBEND HEIDE EV.**

Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr im Waldhaus Niemitz

**Bersammlung**  
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

**Geflügelzucht-Verein Kemberg und Umgegend**  
Freitag, den 29. April, abends 8 Uhr im Bachmannschen Lokale

**Bersammlung**  
beitr. verbilligtes Hühnerfutter **Der Vorstand.**

**Sackwitz**  
Sonntag, den 1. Mai ladet zum

**Kriegertränzchen**  
freundlichst ein **Der Vorstand**

**Männer-Turn-Verein Kemberg**  
Sonntag, den 1. Mai findet der

**Frühjahrs-Geländelauf**  
des 5. Bezirks im Anhalt-Sächsischen Gau in Kemberg statt. Start nachm. 1 Uhr und Ziel am **Schützenhaus.**

Ab 5 Uhr nachmittags in der **Goldenen Weintraube**

**Aränzchen**  
Eintritt 50 Pfennig! — Tanz frei!  
Zum Besuch dieser Veranstaltungen ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

**Zahlungsbefehlsformulare**  
hat wieder vorrätig. **Richard Arnold, Buchhandlung.**

**Grasverpachtung.**  
Am **Sonabend**, den 30. April, abends 6 Uhr, soll die Grasnutzung an den **Wegen der Unterförste** verpachtet werden. Sammelplatz: **Entenfort**  
**Der Marktrichter** Otto Fiedler

**Für Frühjahr u. Sommer**

empfehle

**Wochenend-Schürzen u. Kleider**  
in Nessel, Leinen, Seidenrips, weiss und farbig

**Kinder-Spiellanzüge :::: Spielschürzen**  
vorgezeichnet, angefangen und fertig gestickt und genäht in reicher Auswahl und zu billigen Preisen, ferner

**:::: Tischdecken und Kissen ::::**  
für Veranda- und Gartenmöbel  
sowie sämtliche

**Stickereimaterialien — Handarbeitsgarne**  
Modenzeitungen, Handarbeitsalben, Aufplättmuster

**Rich. Arnold :: Kemberg :: Markt 3**

**Handtaschen**

Aktenmappen — Einkaufsbeutel  
Portemonnaies, Brieftaschen  
Zigarren- u. Zigarettenetuis, Reisekoffer

empfehl in reicher Auswahl und zu billigen Preisen

**Richard Arnold :: Kemberg**  
Leipziger Strasse und Markt

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme beim Ableben unseres lieben Verstorbenen sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Kemberg, den 26. April 1932  
Frau Anna verw. Kohnert  
Justus Kohnert

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsglas" und "Mittleres Unterhaltungsblatt". Bezugspreis Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streif usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile Petitsize oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile Kleinzeile 40 Pfg., Rubrikentage 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung unbefristet gebührenlos oder durch Fernsprecher aufgeborene Anzeigen, auf längere Zeit transportfähige Mehrheiten vorübergehend, auf längere Zeit transportfähige Mehrheiten vorübergehend. Am anderen Tage würde der Zustand eintreten, daß in keinem größeren Lande eine verfassungsmäßig vorgeordnete Regierungszentrale stände käme, die Länderparlamente sich selbst ausschalten und auch der Reichstag auf absehbare Zeit keine parlamentarische Regierungsmehrheit zustande bringen würde. Nebenweshalb im Reich würden in diesen Augenblicken, an dem nunmehrigen Stand der Länderparlamente gemessen, wahrscheinlich keine anderen Verhältnisse schaffen.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 50

Donnerstag, den 28. April 1932

34. Jahrg

## Sonnabend, den 30. April. Kram- und Schweinemarkt

in Kemberg. Der Auftrieb beginnt früh 7 Uhr.  
Kemberg, den 22 April 1932.

## Der Magistrat. Bezugspreise für verbilligten (Vollpreis): Süßnerweizen

werden am Freitag, dem 29. April, von 9 Uhr vormittags ab, im Magistratsbüro erteilt.  
Kemberg, den 26 April 1932.

## Der Magistrat. Reinhaltung der Rinnsteine.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Spül- und Waschwasser, auch aus Dingergruben, Ställen und Aborten, sowie das Blut geschlachteter Tiere nicht in die Straßenrinnen eingeführt werden dürfen.  
Zusammenfassungen werden bestraft.  
Kemberg, den 25. April 1932.

## Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Auf Grund der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 25. Mai 1928 über die Bekämpfung der Stechmücken werden Grundstücksbesitzer und Bächter hiermit aufgefordert, die in einer Entfernung von 500 m von bebauten Gebäuden befindlichen stehenden Tümpel und Wasseransammlungen jeder Art, wenn die Befestigung nicht möglich ist, mit einem zur Verflüchtung von Stechmücken geeigneten Mittel (Benzolöl, Eukalyptusöl, Senfölen oder Jät) in den Monaten April bis September mindestens monatlich einmal zu überziehen. Zusammenfassungen werden bestraft.  
Kemberg, den 25. April 1932.

## Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Das Ergebnis in Preußen  
Die Einteilung der Mandate zum Preussischen Landtag.  
Berlin, 26. April.

Nach den Feststellungen des preussischen Landeswahlleiters sind 22.069.840 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung betrug 81 Prozent. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im neuen Landtag beträgt 422. Von diesen sind in den Wahlkreisen direkt gewählt: 350; durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden: 31. Die Zahl der nach der Landeswahlliste gewählten Abgeordneten beträgt 41.

Im einzelnen ergibt sich folgende Uebersicht über die Zahl und Wahlart der Mandate:

1. Sozialdemokraten: direkt gewählt 82, in Wahlkreisverbänden 6, Landesliste 5, zusammen 93; 2. Deutschnationale: 19, 4, 8 = 31; 3. Zentrum: 55, 7, 5 = 67; 4. Kommunisten: 45, 7, 5 = 57; 5. Deutsche Volkspartei: 0, 4, 3 = 7; 6. Deutsche Staatspartei: 0, 1, 1 = 2; 7. Nationalsozialisten: 149, 0, 13 = 162; 8. Deutsch-Hannoversche Partei: 0, 1, 0 = 1; 9. Christlich-Sozialer Volksdienst: 0, 1, 1 = 2.

Alle übrigen Parteien — darunter die Wirtschaftspartei und das Landvolk — haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

## Der Beschluß des Preussenkabinetts Landtagsberatung zum 24. Mai. — Erst dann Rücktritt des Kabinetts Braun.

Nach dem Beschluß des preussischen Kabinetts ist die Entscheidung darüber, was in Preußen werden soll, doch früher zu erwarten, als man ursprünglich annehmen konnte. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt hierüber folgendes mit:

Das preussische Staatsministerium hat auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschloffen, den neuen Landtag zum 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Übernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung, verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Die Gründe für die Entschloffen der preussischen Staatsregierung werden amtlich wie folgt auseinandergesetzt:

„Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist abgesehen davon, daß die Legislaturperiode

des alten Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages könnte den Termin nicht verfrühen.

Der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Gemäß Paragraphen 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgemartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zum Abgeordneten vorgeschlagen werden, denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch auftraten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorsitzenden angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten.

Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsrückfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch mittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

## Schwierige Regierungsbildung „Die NSDAP ist bereit“

In der Öffentlichkeit wird natürlich die Frage der Regierungsbildung in Preußen ausgiebig erörtert. Eine wirkliche Regierungsmöglichkeit wäre nur für eine Rechtsregierung einschließlich des Zentrums vorhanden. Ob eine derartige Koalition kommen wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Nach parlamentarischem Brauch hat die größte Fraktion das Recht auf die Führung, wenn sie sich eine Mehrheit schaffen kann. Die Initiative liegt also zunächst bei den Nationalsozialisten. Die Haltung der NSDAP wird durch folgende Erklärung ihres Fraktionsführers im Landtag, des Abgeordneten Rube, präzisiert:

„Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gedächtnis erfülltes und von kräftigem Geist veredelt Preußen will. Wir wollen uns an den Aufbau des Staates heranzugehen. Wir beantragen für uns auf Grund des Art. 2 der preussischen Verfassung, wonach Träger der Staatsgewalt die



neuen Fraktionen selbst sein, ob sie geschlossene Mehrheiten für die Länderregierungen zustande bringen werden oder nicht. Soweit die bisherigen Koalitionen in Frage kommen — also unter Ausschluß der Nationalsozialisten und der NSDAP — wären allerdings Mehrheitsbildungen irgendwelcher Art weder in Preußen noch in Bayern noch in Württemberg zu erkennen. Die Verhältnisse liegen dort heute so wie nach den letzten Landeswahlen in Hessen. In unterrichteten Kreisen verzeigelt man jedoch die Tatsache, daß die Verhältnisse in den genannten großen Ländern nunmehr ziemlich übereinstimmend sind, und daß es Sache der

benannten nationalen Opposition sei, sich nunmehr politisch auf die Möglichkeit von Koalitionen mit dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei einzustellen, da nur solche Koalitionen, wenn überhaupt, auf längere Zeit transportfähige Mehrheiten vorübergehend. Am anderen Tage würde der Zustand eintreten, daß in keinem größeren Lande eine verfassungsmäßig vorgeordnete Regierungszentrale stände käme, die Länderparlamente sich selbst ausschalten und auch der Reichstag auf absehbare Zeit keine parlamentarische Regierungsmehrheit zustande bringen würde. Nebenweshalb im Reich würden in diesen Augenblicken, an dem nunmehrigen Stand der Länderparlamente gemessen, wahrscheinlich keine anderen Verhältnisse schaffen.

## Reichstag am 9. Mai Kurze Tagung vor Pfingsten.

Berlin, 27. April.  
Der Vorkonferenz des Reichstages hat im Einverständnis mit der Reichsregierung beschloffen, den Reichstag zum 9. Mai einzuberufen. Die Tagung wird nur von kurzer Dauer sein und wahrscheinlich nur drei Tage umfassen. Die Reichsregierung ist bereit, dem Reichstag den Etat zu diesem Zeitpunkt zuzustellen, obwohl er dann noch nicht vom Reichstag beraten worden ist. In der kurzen Reichstagstagung soll auch eine neue Kreditermächtigung erledigt werden, die durch die Verlängerung des Ueberbrückungskredits von 1930 erforderlich wird.

## Die Beratungen im Reichstag Berlin, 27. April.

Auf der Tagesordnung der Reichstagstagung am 9. Mai steht die Beratung des von der Regierung vorgelegten Schuldentilgungsgesetzes, durch das die Kreuger-Anteile verlängert werden soll. In Verbindung damit wird eine politische Aussprache stattfinden, die auch als erste Sitzung des Reichshaushaltsplanes für 1932 anzusehen ist. Als Grundvoraussetzung der bis dahin fertiggestellten und dem Reichstag zugestellten Haushaltsentwurf dienen, obwohl der Reichstag diesen Entwurf bis dahin noch nicht verabschiedet haben dürfte. Ferner sollen in der Aussprache die Anträge der Parteien mitberaten werden. Die Nationalsozialisten bereiten unter Hinweis auf den Ausfall der Länderwahlen einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Reichstages vor. Die Kommunisten werden eine Interpellation einbringen, die mit dem Fall Kreuger befristet ist. In der Reichstagstagung, die zunächst nur vier Tage dauern wird, wird auch ein Gesetz über die Abfindung auscheidender weiblicher Beamter beraten werden. Nach der am 12. Mai eintretenden Pfingstpause wird der Reichstag voraussichtlich erst in der letzten Mai- oder ersten Juniwoche wieder zusammentreten.

## Der Reichspräsident empfängt Groener Berlin, 27. April.

Ueber den zweistündigen Besuch des Reichsinnenministers Groener beim Reichspräsidenten wurde lediglich eine kurze Mitteilung ausgegeben.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß Reichsminister Groener sich gegenüber den Wünschen des Reichspräsidenten, daß alle Sonderorganisationen der Parteien mit militärischen Charakter gleichmäßig behandelt werden müßten, nachsichtig gezeigt hat. Eine entsprechende Entschloffen des Reichspräsidenten wird allerdings erst eintreten, wenn der Reichsanwalt selbst wieder nach Berlin zurückgekehrt ist.

## Vor einer Arbeitszeit-Verkürzung Vorbereitung einer neuen Novverordnung.

Berlin, 27. April.  
Wie verlautet, wird im Reichsarbeitsministerium der Entwurf einer Novverordnung ausgearbeitet, durch die die 40-Stunden-Woche für bestimmte Gewerbezeigee eingeführt wird. Der Entwurf soll bereits am 28. einer Besprechung in den Landesministerien unterzogen werden.

Die Verordnung zerfällt in zwei Gruppen, von denen die erste die Gewerbezeigee umfaßt, bei denen in Zukunft die Mehrarbeit über 45 Stunden nicht möglich, jedoch sie nachteilig zulässig ist, noch von einer besonderen Genehmigung der zuständigen Behörden abhängig gemacht werden soll.

Die Genehmigung darf nur dann erteilt werden, wenn den Arbeitgebern andere Maßnahmen, insbesondere die Neueinstellung von Arbeitnehmern, nicht zugunsten werden können.

Die zweite Gruppe umfaßt die Gewerbezeigee, bei denen die überragende Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt wird. Unter die erste Gruppe fallen: Bergbau, Salinenbau, Erden, Herstellung von Eisen, Stahl und Metallwaren, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeug-Industrie, elektrische Industrie, Textilindustrie, Papierindustrie und Vertriebsmittelindustrie, Leder- und Holzwaren-Industrie, Kaufhaus- und Spielwaren-Industrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Befeldigungsindustrie, Baugewerbe und Baubewerke, aus dem Handlungsgewerbe Großhandel, Ein- und Ausfuhrhandel, Banken, Privatversicherungen. Unter die